

## **"Alleinerziehende im Blick - Mit der Politik im Gespräch"**

Am 27.05.2024 luden der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und das Landeskompetenzzentrum für Alleinerziehende und Soloeltern (LKAS) zum Fachaustausch "Alleinerziehende im Blick - Mit der Politik im Gespräch" ins Volkshaus Dresden ein. Gemeinsam mit VertreterInnen der Politik und der Wissenschaft sowie den Teilnehmenden wurde erörtert, wie es um die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und persönliche Weiterentwicklung von Alleinerziehenden in Sachsen steht. Die Diskussion wurde entlang der drei Themen:



- Arbeitsmarkt und Erwerbseinkommen,
- Familienorganisation und Kinderbetreuung sowie
- begleitende Infrastruktur und Mobilität

geführt. Die Themen orientieren sich an den Ergebnissen des Runden Tisches Alleinerziehende, der im März 2022 von der Linksfraktion im Sächsischen Landtag ins Leben gerufen.

Zunächst stellte Frau ProfIn. Dr. Heike Förster ausgewählte Ergebnisse, der 2021 durchgeführten Studie "Familienvielfalt - Alleinerziehend in Sachsen", vor. Dabei wurde deutlich, dass Alleinerziehende im Vergleich zu anderen Familienformen vielfach benachteiligt werden. Die empirischen Befunde wurden danach mit VertreterInnen der Politik im Rahmen einer Podiumsdiskussion reflektiert. In diesem Zusammenhang wurden die besonderen Herausforderungen alleinerziehender Eltern durch die Diskutanten anerkannt und auf verschiedene Maßnahmen und Instrumente zur Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden verwiesen. Auf dem Podium diskutierten:

- Sarah Buddeberg: Sprecherin für Gleichstellungs-, Queer- & Inklusionspolitik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag,
- Thomas Kralinski: Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- Ines Saborowski: Vorsitzende im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr im Sächsischen Landtag, Christlich-Demokratische Union sowie
- Markus Scholz: Familienpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis90/Grüne im Sächsischen Landtag.

Anschließend hatten die Teilnehmenden Gelegenheit eigene Perspektiven und Fragen zur Diskussion zu stellen. Dabei wurde zunächst die Perspektive von alleinerziehenden Müttern und Frauen im Allgemeinen thematisiert. es wurde herausgestellt, dass strukturelle Benachteiligungen aufgebrochen werden müssen, etwa in den Grundlagen für mehr Unabhängigkeit von Frauen und insbesondere Müttern geschaffen werden. Familie werde bislang zu stark im Kontext von tradierten Zwei-Elternfamilien gedacht. Gleichzeitig wird Care-Arbeit nach wie vor gesellschaftlich nicht anerkannt. Eine Teilnehmerin verwies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der stärkeren Anerkennung der Lebensleistung von Müttern, etwa bei der Rentenberechnung. Eine Berücksichtigung der Erziehungsleistungen wäre ein starkes Zeichen und würde dazu beitragen, strukturelle Ungleichheiten aufzubrechen. Des Weiteren wurde gefordert, Väter rechtlich stärker in die Pflicht zu nehmen, etwa im Rahmen der Erziehungsarbeit aber auch mit Blick auf Unterhaltszahlungen.

Kritisch gesehen wurde, dass der Aktionsplan Alleinerziehende der Sächsischen Staatsregierung im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist. Dies zeige, dass Frauen vor allem als ökonomische Ressource wahrgenommen werden. Weitere Wortmeldungen betrafen die schwierige Situation von Alleinerziehenden auf dem Wohnungsmarkt. In diesem Zusammenhang wurde eine familienformgerechtere Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen vorgeschlagen.

Die Teilnehmenden sprachen sich für eine stärkere Unterstützung Alleinerziehender im Alltag aus. Denkbar wäre hier beispielsweise eine Ausweitung von Haushaltshilfen. Diese werden aktuell vor allem in medizinischen oder familiären Notsituationen durch Krankenkassen oder Jugendämter gewährt. Eine

Teilnehmerin sprach sich dafür aus, Alleinerziehenden eine Förderung von haushaltsunterstützenden Leistungen auch ohne akute Notlage zu gewähren.

Andere Beiträge machten deutlich, dass Alleinerziehende nicht nur mit der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienorganisation konfrontiert sind, sondern in der Regel auch Partnerschaftskonflikte mit ExpartnerInnen moderieren müssen. Dies stelle eine zusätzliche Belastung dar, die von Aussenstehenden nicht oder nur unzureichend wahrgenommen wird. Im Gespräch mit den Teilnehmenden wurde deutlich, dass sich Alleinerziehende nicht oder nur unzureichend gesehen fühlen. Eine Teilnehmerin berichtete, dass politisches Engagement als Alleinerziehende nicht möglich sei, da die bestehenden Partizipationsangebote nicht oder nur unzureichend die spezifische Situation von Alleinerziehenden berücksichtige.



Nach der Diskussion hatten die geladenen PolitikerInnen Gelegenheit für ein Abschlussstatement. Ines Saborowski (CDU) dankte für den Austausch und unterstrich nochmals die Notwendigkeit, die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote besser zu kommunizieren. Sie dankte für die Impulse zum Abbau der Barrieren auf dem Wohnungsmarkt und sicherte zu, sich mit VertreterInnen der Krankenkassen zu Unterstützungsmöglichkeiten von Alleinerziehenden auszutauschen. Sarah Buddeberg (LINKE) beschrieb die Veranstaltung als Erfolg und dankte den Anwesenden für die intensive Diskussion. Es wurde deutlich, dass das Thema nach wie vor relevant sei und die Arbeit des Runden Tisches Alleinerziehende weitergehen müsse, nicht zuletzt um die spezifischen Bedarfe von Alleinerziehenden sichtbar zu machen. Thomas Kralinski (SPD) dankte ebenfalls für den Austausch und stellte heraus, dass sein Fokus auf der Integration Alleinerziehender in den Arbeitsmarkt liege. Er wolle sich weiterhin dafür einsetzen die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen für Alleinerziehende zu verbessern. Überdies machte er deutlich, dass es bereits eine Reihe von Instrumenten gäbe, die aber noch besser kommuniziert werden müssten um bei alleinerziehenden Familien anzukommen. Markus Scholz (B90/Grüne) zeigte sich ebenfalls beeindruckt von den Beiträgen und Perspektiven der Teilnehmenden. Mit Blick auf die Situation Alleinerziehender stellte er fest, dass sich in den letzten Jahren viele Dinge verbessert hätten, strukturell sich aber nur wenig geändert habe. Alleinerziehende werden nach wie vor nicht gleichrangig gegenüber anderen Familienformen behandelt.

Im Anschluss an den Fachaustausch präsentierten DGB und LKAS eigene Vorschläge zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und persönliche Weiterentwicklung für Alleinerziehende in Sachsen.